

2196

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke auf Annahme einer EntschlieÙung

Abstimmung zur Schuldenbremse: Keine Verfassungsänderung ohne substanzielle Reform

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Angesichts der Notwendigkeit und sich abzeichnenden politischen Gelegenheit zur Reform der Schuldenbremse auf Bundesebene wird der Senat aufgefordert, sich mit geeigneten Mitteln im Sinne der Interessen Berlins für eine substanzielle Reform der Schuldenbremse einzusetzen, die notwendige Investitionen ermöglicht und ihre Finanzierung nicht weiter ausbremst. Die jetzige Chance zur Reform darf nicht durch die Beschränkung der Verfassungsänderung auf die Einrichtung von Sondervermögen, einer Freigabe von Verteidigungsausgaben und eine unausgewogene Länderregelung vertan werden.

Das Abgeordnetenhaus erklärt:

Wir brauchen eine schnelle und tragfähige Verabredung zur Reform der Schuldenbremse. Angesichts der enormen Investitionsbedarfe in Berlin liegt es im Interesse der Berliner*innen, die Finanzierungsbeschränkungen der Schuldenbremse für Investitionen zu überwinden. Wir rufen insbesondere die Berliner Mitglieder des Deutschen Bundestags dazu auf, die Chance für eine substantielle Reform nicht verstreichen zu lassen und sich nicht mit Halbheiten zu begnügen.

Begründung:

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ist ein historischer Fehler und die negativen Auswirkungen sind aktuell ersichtlicher als jemals zuvor. In ganz Deutschland fehlen Investitionen in Höhe von rund 600 Milliarden Euro, um die Infrastruktur wieder zukunftsfähig zu machen. Dieser Bedarf ist das beste Beispiel dafür, dass seit Einführung der Schuldenbremse ganz massiv gespart wurde, wodurch den kommenden Generationen enorme Kosten aufgebürdet werden.

Es gibt jetzt ein Zeitfenster, um gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen des Bundestages diesen historischen Fehler zu korrigieren und die Schuldenbremse abzuschaffen. Dadurch ließen sich die dringend nötigen Mittel bereitstellen, um den Einsturz weiterer Brücken zu verhindern und den Verfall von öffentlichen Schulen, Krankenhäusern oder Schwimmbädern endlich zu stoppen. In seiner Funktion als Regierender Bürgermeister hat Kai Wegner bereits klar gemacht, dass er die Probleme erkannt hat und zumindest eine Reform der Schuldenbremse fordert.

Eine auf Verteidigungsausgaben beschränkte Aufhebung der Schuldenbremse löst hingegen gar keine Probleme. In den vergangenen Jahren konstruieren immer mehr Bundesländer Notlagen, um sich durch Kreditaufnahmen ein wenig Luft zum Atmen zu verschaffen. Um das Verteidigungspaket und die Versprechen aus dem Sondierungspapier einer Koalition abzusichern, die noch nicht einmal im Amt ist, wird der Antrag mit einem Sondervermögen und einer kleinen Erleichterung für die Aufstellung der Länderhaushalte verknüpft. Zwar bedeutet eine zusätzliche Verschuldungsmöglichkeit in Höhe von 0,35 Prozent des BIP für die Länder eine tatsächliche Verbesserung (für Berlin wären das ca. 700 Mio. € p.a.). Wie sich die Gelder aus dem Sondervermögen am Ende tatsächlich auf die einzelnen Länder verteilen, wird allerdings erst der neue Bundestag mit einfachgesetzlicher Mehrheit entscheiden. Klarheit gibt der Gesetzesentwurf von CDU und SPD an dieser Stelle nicht. Selbst wenn die Länder keinen Pflichtbeitrag zur Kofinanzierung dazu leisten müssen, so muss doch klar sein, dass Steuererhöhungen zur Finanzierung dieser Vorhaben sehr wahrscheinlich sein dürften. Die Vorhaben von CDU und SPD dürfen aber nicht zu einer weiteren ökonomischen Spaltung der Gesellschaft führen!

Das angekündigte Sondervermögen blendet zudem weitreichende Bedarfe im Bereich Klimaresilienz, Armutsbekämpfung, soziale Infrastruktur auf kommunaler Ebene und Demokratieförderung sowie Antifaschismus aus. Wer politisch davon überzeugt ist, dass nur die Migration beendet werden muss, um den Zusammenhalt in Deutschland zu stärken¹, der hat nichts begriffen.

Wenn sich diese Befürchtungen bewahrheiten, dann drohen Berlin finanzpolitisch noch schwierigere Zeiten. Daher muss das aktuelle Zeitfenster genutzt werden, um die Schuldenbremse auch im Sinne der Länder zu reformieren.

Berlin, den 11.03.2025

Helm Schulze Zillich
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

¹ Ergebnisse der Sondierungen von CDU, CSU und SPD (Seite 1; Zeilen 34-37)